

Gustav Adolf WENDT

geb. 30.7.1885 Kiel

gest. 15.6.1955 Emden

Nieter, Parteisekretär der KPD, Senator

ev.

(BLO IV, Aurich 2007, S. 442 - 443)

Wendt entstammte einer zehnköpfigen evangelischen Arbeiterfamilie. Er wurde als Sohn von August Johann Wendt und Dorothea Maria Wendt, geb. Plambeck, in Kiel geboren. Von 1892 bis März 1900 besuchte er die achtstufige Volksschule. Mit 13 Jahren verlor er seinen Vater. Nach seiner Schulausbildung begann Wendt eine Lehre als Nieter, um anschließend bis September 1909 seinen Dienst im schleswig-holsteinischen Infanterieregiment 163 abzuleisten. Mit 27 Jahren zog Wendt im April 1913 erstmals nach Emden, wo er die zehn Jahre jüngere Fabrikarbeiterin Gesine Voline Willms kennenlernte. Aus der am 1. August 1914 im Standesamt Emden geschlossenen Ehe gingen innerhalb weniger Jahre drei Söhne hervor. Während des Krieges lebte Wendt für kurze Zeit in Hannover, um 1917 wieder in seine Geburtsstadt zu ziehen. Am 20. März 1919 kehrte er mit Ehefrau und Kindern nach Emden zurück.

Wendts Eintrittsdatum in die KPD ist nicht bekannt. Allerdings wurde die Emdener Polizei ab 1919 auf den über dreißigjährigen Nieter aufmerksam, der sich politisch zu betätigen begann. Bei den Betriebsratswahlen bei der Reederei Schulte & Bruns trat Wendt erstmals in der Öffentlichkeit auf und wurde bald danach auf Grund seiner radikalen Einstellung entlassen. Mit Gelegenheitsarbeiten hielt er sich über Wasser, während er sich immer stärker in der Parteiarbeit engagierte. In seiner Funktion als Kommunalpolitiker wird er erstmals 1924 faßbar, als er in das Emdener Bürgervorsteherkollegium gewählt wurde. Bereits vier Jahre später rückte er als ehrenamtlicher Senator in den Magistrat auf, dem er bis 1933 als einziger Kommunist angehörte. Seit April 1928 war er als Parteisekretär der KPD für Emden und Ostfriesland tätig.

Der Parteilinie folgend sah Wendt in den 20er Jahren den politischen Haupttrivalen in der SPD. Die ausgeprägte Gegnerschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien führte 1928 im Volksboten zu einer Gleichsetzung Wendts mit dem antisemitischen und nationalsozialistischen Hetzer [Münchmeyer](#) (s. dort). Trotz der bisweilen agitatorischen Radaupolitik der KPD im Emdener Stadtparlament erscheint Wendt im Licht der zeitgenössischen Quellen keineswegs als typischer Vertreter einer kommunistischen Obstruktionspolitik. Vielmehr wurde Wendt 1931 als ein eher gemäßigter und sich an der Realpolitik orientierender Kommunalpolitiker beschrieben, der „nicht so brutal und radikal eingestellt“ sei wie die KPD-Führer in anderen Städten.

Ab 1930 rückte für Wendt die NSDAP als politischer Hauptgegner ins Blickfeld, so daß er sich – mit Blick auf SPD und Reichsbanner - wiederholt für einen „Zusammenschluß aller Proletarier“ zum einheitlichen Kampf gegen den „Faschismus“ aussprach. Wie entschlossen er diesen Kampf zu führen gedachte, zeigte sich am 13. Januar 1930, als er mit zahlreichen KPD-Mitgliedern versuchte, eine öffentliche Versammlung der NSDAP im Lloydhotel in Emden zu sprengen. In dem darauf folgenden Verfahren identifizierte das Schöffengericht in

Emden Wendt als Rädelsführer. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis, wurde jedoch von der Großen Strafkammer in Aurich auf ein halbes Jahr verkürzt.

Wieder auf freiem Fuß gab sich Wendt weiter kämpferisch. Im Wahlkampf zu den Wahlen am 12. März 1933 prophezeite er auf einer KPD-Kundgebung, daß Deutschland mit Hitler der Krieg drohe. Nachdem Wendt in der NS-Presse wiederholt als „Untermensch“ oder als „niederrassiger Straßenköter“ bezeichnet worden war, folgten 1933 mehrere Verhaftungen, wobei Wendt allein sieben Monate im KZ Sonnenberg verbrachte. Neben den Verhaftungen erwarteten Wendt weitere Repressalien. Der Ausschluß aus dem Deutschen-Metallarbeiter-Verband im November 1933 „wegen Staatsfeindlichkeit“ machte es ihm unmöglich, eine geregelte Arbeitsstelle zu finden. Bis zum Krieg erhielt er nur zeitlich begrenzte Hilfsarbeiterstellen, bis er ab Juni 1942 fast durchgängig auf der Cassens-Werft in Emden als Nieter beschäftigt war. Nach dem Attentat auf Hitler 1944 wurde Wendt erneut verhaftet und verbrachte einen weiteren Monat im KZ Neuengamme.

Als Georg Frickenstein nach dem Krieg mit der Leitung der Stadtverwaltung in Emden betraut wurde, berief er noch im Mai den nunmehr knapp 60jährigen Wendt in den provisorischen Verwaltungsausschuß. Bis Ende 1946 war Wendt als hauptamtlicher Senator für die Betreuung des Wohlfahrtsamtes zuständig. Anschließend wurde Wendt als Angestellter der Stadtverwaltung im Wohnungsamt bis zum Beginn seines Ruhestands 1950 weiterbeschäftigt. Als Fraktionsvorsitzender der KPD griff er 1946 erneut sein früheres Vorhaben einer engeren Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf und schlug vor, gemeinsame Fraktionssitzungen abzuhalten. Die Sozialdemokraten blieben allerdings reserviert. So wurde Wendt im Januar 1946 gegen die Stimmen der SPD zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters in Emden gewählt. Im Gegensatz zur Weimarer Zeit vertrat Wendt nach 1945 nicht mehr die KPD im Emdener Stadtparlament. Erst nach der Gemeindewahl von 1952 zog er nochmals als Ein-Mann-Fraktion der Kommunistischen Partei in den Rat der Stadt ein. Allerdings erlebte er nicht mehr das Ende der Legislaturperiode. In einem Nachruf betonte die Stadt Wendts vitales Interesse an der Kommunalpolitik und seinen Einsatz gerade für die sozial schwachen Bürger Emdens.

Quellen: StA Aurich, Rep. 17/1, Nr. 716; Rep. 107, Nr. 200; Rep. 109, C 54; Rep. 250, Nr. 28928; Rep. 252, Nr. 641; Informationen des Enkels Hans-Gerd Wendt.

Literatur: Bernard Schröer, Emden 1945-1961. Ein Bericht über den Wiederaufstieg der Stadt, Emden 1962; ders., Von 1945 bis zur Gegenwart, in: Ernst Siebert/Walter Deeters/Bernard Schröer, Geschichte der Stadt Emden (Ostfriesland im Schutze des Deiches, 7), Leer 1980, S. 257-488; Hermann Kurtz, Soziale und politische Unruhen im nordwestdeutschen Raum von 1919-1932, o.O. 1969 (Maschr. Examensarbeit); Otto Reus, Politische Bestrebungen in Emden in den Jahren 1930-1934 im Spiegel der Presse, o.O. 1978; Jürgen de Buhner, Widerstand gegen den Faschismus in Emden von 1930-1945, Oldenburg 1980 (Maschr. Hausarbeit); Klaus Fricke (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Emdens während der Weimarer Republik, Schülerarbeit des 11. Jg. des Johannes-Althusius-Gymnasiums in Emden, Emden 1982; Helga Grebing, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik: Der Fall Emden, in: Dieter Brosius und Martin Last, Beiträge zur niedersächsischen Landesgeschichte, Hildesheim 1984, S. 475-499; Herbert Koble, Als alles von vorne begann, Emden 1985 (Portr. S. 39); Friedrich Lopp, Emden 1933-45. Erzählungen, Daten und Zeichnungen über Naziterror und Widerstand, hrsg. von der DKP Emden, Emden 1985; Dietmar von Reeken, Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich und Emden, Hannover 1991.

Michael Hermann